



# Bundestags- brief

Nr.215 • Die Woche im Bundestag • 30.06.2017



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Vier gute Jahre für die Kultur in Deutschland

In dieser Woche endet die 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages - ein guter Moment, um Bilanz zu ziehen. Als Kulturpolitikerin glaube ich sagen zu können, dass es vier gute Jahre für die Kultur in Deutschland waren.

Auf Bundesebene ist es gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Kultur- und des Haushaltsausschusses gelungen, den Etat für Kultur und Medien im Bundeshaushalt beständig aufwachsen zu lassen.

2013 waren im Bundeshaushalt Mittel in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro für Kultur und Medien vorgesehen. Vier Jahre später sind es bereits 1,45 Milliarden Euro. Damit ist es uns gelungen, den Haushalt um ein Drittel zu erhöhen. Auch in wirtschaftlich guten Zeiten ist das keineswegs selbstverständlich.

Diese Entwicklung beweist, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Parlament Kunst und Kultur eben nicht als dekorativen Luxus sehen, sondern verstehen, dass Kunst und Kultur gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Entwicklungen oft erst vorausgehen. Beim Blick auf die Haushaltsentwicklung sollten wir es daher nicht belassen, sondern unser Augenmerk darauf richten, was mit diesen Mitteln alles erreicht werden konnte.

Von herausragender Bedeutung war für mich die Schaffung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste. Endlich ist es gelungen, die lange vernachlässigte Provenienzforschung in Deutschland zu bündeln und nachhaltig zu stärken. Diese Institution zeigt, dass das Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung im Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus nicht an föderalen Zuständigkeiten oder parteipolitischen Interessen scheitern muss.

Auch für die Pflege und Bewahrung unseres kulturellen Erbes wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Für Denkmalschutz stehen jährlich mehr als 70 Millionen Euro zur Verfügung und auch Sondermittel für Schwerpunkte wie zum Beispiel ein Programm in Höhe von 5 Millionen Euro zur Orgelsanierung.

Mit dem Deutschen Buchhandlungspreis, dem Theaterprogrammpreis und dem Musikfonds für zeitgenössische Musik bieten wir der kulturellen Vielfalt Deutschlands eine Bühne. Sie sind eine wichtige finanzielle Unterstützung, aber auch Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung. Wir würdigen damit die unverzichtbaren Leistungen kleiner Bühnen, Buchhandlungen und Musikgruppen im ganzen Land. Sie sind in diesem Netz geistiger Tankstellen wichtige Treffpunkte und als solche unverzichtbare Bestandteile des gesellschaftlichen Klimas.

Darüber hinaus ist es uns auch gelungen, Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die große Bedeutung der Kultur für Integration und Bildung zu schaffen. Mit dem Programm „Kultur öffnet Welten“ und der „Initiative kulturelle Integration“ machen wir sichtbar, was Kultureinrichtungen landauf und landab als Brückenbauer leisten.

Mit der Errichtung des Humboldt Forums widmen wir den zentralen Platz unserer Republik und das zentrale Kulturprojekt unseres Landes dem Dialog der Kulturen. Wir laden die Kulturen der Welt ein, sich gegenüber unserem nationalen Kulturerbe auf der Museumsinsel selbstbewusst zu präsentieren und wollen im Dialog die großen Fragen der Menschheit thematisieren. Die Vollendung des Schlossbaus und die inhaltliche Ausrichtung des Humboldt Forums sind gut vorangekommen, und wir werden dafür sorgen, dass dieses für Deutschland so wichtige Projekt erfolgreich vollendet wird.

## **Gesetz zur Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts**

Am Freitag, 30. Juni 2017 debattierte der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung den vom Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts.

Ich habe zu meinem Abstimmungsverhalten eine Persönliche Erklärung nach §31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hinzugefügt, die die Beweggründe meiner Entscheidung darlegt:

*„In meiner mittlerweile mehr als 20-jährigen Parlamentszeit ist mir eine Entscheidung zu einer Abstimmung noch nie so schwer gefallen wie diese.*

*•Abgesehen von den bedauerlichen Umständen der Abstimmung - aus einem so hochsensiblen Thema sollte niemand ein schäbiges Wahlkampfmanöver machen -*

*•und abgesehen von sehr wohl begründeten verfassungsrechtlichen Zweifeln,*

*•abgesehen auch von dem Zeitdruck und der damit verbundenen Zuspitzung in der Debatte um ein Pro und Contra einer „Ehe für alle“*

*fällt es mir als gläubige Katholikin in dieser sehr weltoffenen und für ihre vielfältigen Lebensstile bekannten Stadt Berlin schwer, mich ohne Zweifel eindeutig zu positionieren.*

*Einerseits gehört der Eigen-Sinn der sakramentalen Ehe zu den zentralen Werten kirchlich gebundener Lebens- und Gesellschaftseinstellungen. Ihr gilt ein besonderer Schutz, weil eben in der Verbindung von Mann und Frau auch leibliche Kinder geboren werden können und Familien eine umfassende Fürsorge der Gesellschaft verdienen.*

*Andererseits sehen auf Dauer angelegte, in Liebe zueinander und in Sorge füreinander angelegte Beziehungen in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft wie unserer heutigen inzwischen sehr vielfältig aus.*

*Diese Vielfalt empfinde ich als große Bereicherung unseres Zusammenlebens. Deshalb ist es bedauerlich, dass Betroffene die geltende Rechtslage als Diskriminierung empfinden und auf der anderen Seite traditionell Verheiratete und kirchliche Kreise befürchten, der Begriff der Ehe und ihr Gehalt könnten zum beliebigen Instrument werden. Gerade auch diese Empfindungen nehme ich sehr ernst.*

*In einem Land wie unserem heutigen Deutschland, das in den vergangenen Jahrzehnten so viel offener, vielfältiger und gelassener geworden ist, muss es möglich sein, Unterschiede diskriminierungsfrei festzustellen.*

*Und aus meiner Sicht bleiben die Ehe zwischen Mann und Frau und eine Familie mit leiblichen Kindern immer noch etwas Anderes als eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft.*

*Nach reiflicher Überlegung habe ich mich dennoch entschieden, für die Öffnung der staatlichen Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare zu stimmen, nicht obwohl, sondern weil ich katholisch bin. Es ist die christliche Botschaft der Nächstenliebe, die uns dazu auffordert, im menschlichen Miteinander das Verbindende über das Trennende zu stellen - die Ebenbildlichkeit Gottes über unterschiedliche Lebensweisen - und aus dieser Haltung heraus nicht nur das Eigene, sondern gleichermaßen auch das Andere anzuerkennen und zu achten.*

*Was heterosexuelle von homosexuellen Menschen unterscheidet, ist die sexuelle Orientierung und damit verbunden die Option, in ihrer Partnerschaft miteinander leibliche Kinder bekommen zu können. Was heterosexuelle und homosexuelle Menschen verbindet, ist der Wunsch, für einen geliebten Menschen einzustehen, sich dauerhaft zu binden und damit nicht nur Verantwortung füreinander zu übernehmen, sondern auch ein sichtbares Zeichen der Liebe und des Bekenntnisses zueinander zu setzen.*

*Ich wünsche mir, dass der gegenseitige Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen wächst und dass die Ehe zwischen Mann und Frau und dass Familien weiterhin im Zentrum staatlicher Fürsorge stehen.“*

## **Vier erfolgreiche Jahre für Deutschland – wir haben geliefert**

Rekordbeschäftigung, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, ein seit vier Jahren ausgeglichener Haushalt bei weiter steigenden Einnahmen des Staates – am Ende der Wahlperiode stimmt die Bilanz.

Rekordsummen für Investitionen in die Infrastruktur, wachsende Renten und Löhne, mehr Geld für Bildung und Forschung. Die gute Entwicklung der Wirtschaft, aber auch die kluge Haushaltsführung erlauben es uns, Verkehrswege, Breitband, KITAS und Schulen noch stärker zu fördern als bereits geplant.

Eine erfolgreiche Bilanz. Dabei ist die Liste der Probleme, denen wir uns unvorhersehbar gegenüber sahen, beinahe so lang wie die der Erfolge. Ukraine-Krise, Brexit, die US-Präsidentenwahl – aber auch die noch andauernde Krise in Griechenland, die Unruhen in vielen Weltregionen, die die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben. Deutschland sah und sieht sich neuen Anforderungen gegenüber, die uns grundlegend neue Antworten abverlangen.

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeführte Bundesregierung hat ihren Kurs auch in einer schwierigen Zeit voller Herausforderungen unaufgeregt und mit Augenmaß gehalten. Deutschland hat Verantwortung übernommen.

Wir haben unser Land vorangebracht. Deutschland ist ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt. Das ist auch das, was die Mehrheit der Bürger in Deutschland erwartet. Dafür steht die Union geeint und gemeinsam. Selbstbewusst werden wir diese Linie im nun beginnenden Wahlkampf vertreten.

## **Besserer Schutz vor Hasskriminalität in sozialen Medien**

Die Debattenkultur im Netz ist insbesondere in sozialen Netzwerken häufig aggressiv und verletzend. Nicht selten erfolgt dies im Schutz der Anonymität. Dieser Umgang ist nicht schön, inakzeptabel wird er, wenn dadurch geltendes Recht verletzt wird.

Schon heute sind Betreiber sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter verpflichtet, Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigungen und Verleumdungen im Internet unverzüglich zu löschen, wenn sie davon Kenntnis erlangen. Dieser Verpflichtung, die auch im EU-Recht verankert ist, kommen die Unternehmen bisher nicht mit ausreichender Gründlichkeit nach. Gelöscht wird derzeit intransparent und nach eigenen unternehmensinternen Richtlinien, die übrigens weit mehr als bloße Rechtsverletzungen erfassen.

Wir müssen dem Prinzip Geltung verschaffen, nach dem in der virtuellen Welt die gleichen Regeln gelten wie in der realen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichten wir deshalb die Betreiber großer sozialer Plattformen, ein wirkungsvolles System in Form eines Beschwerdemanagements aufzubauen, das die Durchsetzung geltenden Rechts gewährleistet, damit Hinweise von Bürgern über Rechtsverletzungen nicht nur dankend entgegen genommen, sondern bearbeitet werden und in offensichtlichen Fällen auch schnell gelöscht wird.

Dort, wo Rechtsverletzungen nicht auf den ersten Blick klar sind, haben Unternehmen mehr Zeit zu Bearbeitung. Damit in diesen Fällen eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit ausgeschlossen ist, haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass Plattformen nach dem Vorbild des Jugendmedienschutzes unabhängige Entscheidungseinrichtungen einbinden können. Ohnehin drohen Plattformbetreibern keine Bußgelder, wenn einzelne Hasskommentare nicht gelöscht werden. Sanktioniert wird nur, wenn kein wirksames Beschwerdemanagement errichtet wird.

Zudem müssen die Unternehmen zukünftig einen sogenannten Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland benennen, an den Auskunftersuchen für die Durchsetzung von Ansprüchen gerichtet werden können. Bisher verweisen Unternehmen häufig an ausländische Dienstsitze, was die Rechtsverfolgung faktisch ins Leere laufen lässt. Auch schaffen wir einen wirksamen und durchsetzbaren Anspruch auf Feststellung der Identität des Verletzers. Das Bundesamt für Justiz wird zukünftig beaufsichtigen, dass die Betreiber ihren Pflichten auch nachkommen.